

Infobrief von Crossroads | Flucht. Migration. Behinderung vom 05.01.2023

Mit dem Arbeitsbereich Crossroads | Flucht. Migration. Behinderung. tritt Handicap International für eine grundsätzliche Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen und Flucht- bzw. Migrationsgeschichte ein.

Wir freuen uns, Sie mit unserem Infobrief **über unsere Arbeit an der Schnittstelle Flucht und Behinderung in Deutschland** zu informieren.

Weitere Informationen über unseren Arbeitsbereich finden Sie auf der [Website von Crossroads](#). Sollten Sie unseren Infobrief künftig nicht mehr erhalten wollen, dann klicken Sie auf den [Abmeldelink](#).

Inhalte des Briefes sind

1. Veranstaltungsankündigung für Fachkräfte am 24.01 und 02.02.2023: *Rechtssituation asylsuchender und geduldeter Menschen mit Behinderung in Deutschland im Vergleich zur rechtlichen Situation von Menschen mit Behinderung aus der Ukraine*
 2. Appell: *Bedarfsgerechte Versorgung aller geflüchteten Menschen mit Behinderung*
 3. Offener Brief anlässlich der Neuregelung des Staatsangehörigengesetzes: *Geflüchtete Menschen mit Behinderungen und pflegende Angehörige nicht vergessen*
 4. Gemeinsames Statement von 62 Organisationen: *Es gibt nur eine Menschenwürde – Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen*
 5. Nachklapp zur digitalen Fach- und Vernetzungskonferenz: *Was können wir aus der Aufnahme geflüchteter Menschen mit Behinderung aus der Ukraine für die Inklusion geflüchteter Menschen in Deutschland lernen?*
-

1. Veranstaltungsankündigung für Fachkräfte am 24.01 und 02.02.2023: Rechtssituation asylsuchender und geduldeter Menschen mit Behinderung in Deutschland im Vergleich zur rechtlichen Situation von Menschen mit Behinderung aus der Ukraine

[Veranstaltung für Fachkräfte Teil 1: Dienstag, 24. Januar 2023 10:00-12:00 Uhr. Die Anmeldung ist hier möglich.](#)

[Veranstaltung für Fachkräfte Teil 2: Donnerstag, 2. Februar 2023 10:00-12:00 Uhr. Die Anmeldung ist hier möglich.](#)

Ort: Online via Zoom und oder Telefoneinwahl

Mit einer kostenfreien zweiteiligen Onlineveranstaltung **für Fachkräfte** informieren wir **am 24.01. und 02.02.2023 von 10-12 Uhr** über Leistungszugänge und Rechtsansprüche für geflüchtete Menschen mit Behinderung aus der Ukraine und vergleichen sie mit der rechtlichen Situation asylsuchender und geduldeter Menschen mit Behinderung in Deutschland. Wir freuen uns, **Dr. Barbara Weiser** vom Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V. als ausgewiesene Expertin für leistungsrechtliche Fragen an der Schnittstelle Flucht und Behinderung in Deutschland gewonnen zu haben.

In beiden Veranstaltungen möchten wir neben der Klärung allgemeiner Voraussetzungen zu Leistungszugängen in den Bereichen Sozial- und Eingliederungshilfe die Bereiche **medizinische Rehabilitation und die Leistungen an Bildung und sozialer Teilhabe** stärker in den Fokus rücken.

Fachkräfte erhalten ein tieferes Verständnis für die komplizierten Anspruchsvoraussetzungen, haben die Möglichkeit Fragen zu klären und vertiefend in den Austausch zu Fallbeispielen zu treten.

Die Veranstaltung wird von Gebärdensprachdolmetscher*innen begleitet. **Weitere Informationen finden Sie auf [unserer Veranstaltungsseite](#).**

Wir freuen uns, wenn Sie die Einladung an interessierte Akteure und Kolleg*innen weiterleiten.

2. Appell „Bedarfsgerechte Versorgung aller geflüchteten Menschen mit Behinderung“

In einem gemeinsamen Appell [„Bedarfsgerechte Versorgung aller geflüchteten Menschen mit Behinderung“](#) weist Handicap International zusammen mit mehreren Landesbehindertenbeauftragten und zahlreichen Wohlfahrts- und Fachverbänden für Menschen mit Behinderungen darauf hin, dass grundlegende Rechte geflüchteter Menschen mit Behinderungen in Deutschland nicht ausreichend umgesetzt werden. Hier finden Sie die diesbezügliche [Pressemitteilung](#). **Im Appell fordern wir:**

- Behinderungsspezifische Schutz- und Teilhabebedarfe müssen bei Ankunft identifiziert und in der Folge berücksichtigt werden.
- Für schutzsuchende Menschen mit Behinderungen muss die Wohnverpflichtung in Erstaufnahmeeinrichtungen massiv verkürzt und im Bedarfsfall ganz aufgehoben werden.
- Schutzsuchende Menschen mit Behinderung müssen Zugang zu Hilfsmitteln, zu Leistungen entsprechend der gesetzlichen Krankenversicherung und zu Teilhabeleistungen erhalten.

3. Offener Brief anlässlich der Neuregelung des Staatsangehörigengesetzes: Geflüchtete Menschen mit Behinderungen und pflegende Angehörige nicht vergessen

In einem [Offenen Brief](#) der Gruppe „NOW! Nicht ohne das Wir“ an Nancy Faeser appellieren die dort engagierten Selbstvertreter*innen an die Bundesinnenministerin, geflüchtete Menschen mit Behinderungen sowie ihre pflegenden Angehörigen bei der Neuregelung des Staatsangehörigengesetz (StAG) zu berücksichtigen. Konkret fordert die Gruppe:

- pflegende Angehörige sollten von Lebensunterhaltssicherung und dem Erreichen des Sprachlernziels B1 ausgenommen werden. So wird Pflege als wichtige Arbeit gewürdigt und eine Benachteiligung vermieden.
- Bei der Entscheidung über die Anwendung von Ausnahmen bei der Lebensunterhaltssicherung für Menschen mit Behinderungen muss das Vorhandensein von Barrieren im Arbeitsmarktzugang Berücksichtigung finden.

4. Gemeinsames Statement von 62 Organisationen: Es gibt nur eine Menschenwürde – Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen

Seit 1993 existiert in Deutschland das Asylbewerberleistungsgesetz. Es regelt die Versorgung asylsuchender Menschen über einen im Vergleich zu den Sozialgesetzbüchern stark reduzierten Leistungskatalog. Darunter finden sich auch viele Menschen mit Behinderung. Das Asylbewerberleistungsgesetz schränkt den Zugang zu medizinischen, Sozial- und Teilhabeleistungen empfindlich ein. Weitere Informationen zu den Auswirkungen des Asylbewerberleistungsgesetzes auf Menschen mit Behinderung finden Sie in diesem [Positionspapier](#).

In einem gemeinsamen Statement fordern nun 62 Organisationen, darunter auch Handicap International: [„Es gibt nur eine Menschenwürde – Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen!“](#)

5. Nachklapp zur digitalen Fach- und Vernetzungskonferenz: „Was können wir aus der Aufnahme geflüchteter Menschen mit Behinderung aus der Ukraine für die Inklusion geflüchteter Menschen in Deutschland lernen?“

Am 06.12.2022 veranstaltete Handicap International eine fachpolitische Vernetzungsveranstaltung. Dabei kamen geflüchtete Menschen, Vertreter*innen von Initiativen und Beratungsstellen, Fachexpert*innen und Politiker*innen über Erfahrungen bei der Aufnahme von Menschen mit Behinderung aus der Ukraine und die daraus gewonnenen Erkenntnisse für die deutsche Migrationspolitik ins Gespräch. Teil nahmen auch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Reem Alabali-Radovan und der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel.

Auf unserer Website finden Sie einen kurzen [Rückblick auf die Veranstaltung](#). Eine ausführliche Dokumentation wird folgen.